



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919

VI. Der nahe und der ferne Osten 1894 - 1897

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

VI.

Der nahe und der ferne Osten

* 1894 — 1897 *

*
öfi-
en:
eln,
oll.
ute
für
arch

in-
erö-
rud
hen
nen,
ren
rei-
rika
sich
Ber-
208.
nde
ran-
Ent-
I so
ier-
des
saj-
ant-
und
Luf-

* VI. Der nahe und der ferne Osten 1894—1897 *

Japans Emporkommen und Krieg mit China . . .	143
Eintritt Wilhelms II. in die Weltpolitik. Ostasia- tischer Dreibund	147
Rußlands Übergewicht in Ostasien. Kiautschou . .	150
Ferdinand von Bulgarien zwischen Österreich und Rußland	153
Armenische Greuel 1894—1895. Türkisch-griechi- scher Krieg 1897	157
Österreich-russisches Einvernehmen 1897	161

143
147
150
153
157
161

Spricht man von der Epoche der Weltpolitik, durch welche die Zeit der nationalen Staatenbildung abgelöst wird, so kann der Einschnitt entweder in die Entschleierung Afrikas oder in den Machtaufschwung Japans gelegt werden. Beide Ereignisse zusammengenommen, haben die Geschichte des weißen Mannes erst zu einer Geschichte der ganzen Menschheit ausgeweitet. Afrika blieb nach wie vor ein Teilungsobjekt, Nippon dagegen erhob sich zu einer den europäischen Mächten gleichen Macht. Diese hatten nicht übel Lust, auch Ostasien zum leidenden Teil des imperialistischen Wettbewerbs zu machen. Da rechte sich Japan in die Höhe und zwang die Europäer zur Anerkennung seiner Gleichberechtigung.

*

Japans Emporkommen und Krieg mit China

Es gibt eine naive Auffassung der japanischen Geschichte, wonach die Erneuerung der Macht des Mikado, des Priesterkaisers, durch eine literarische Bewegung hervorgerufen worden wäre. Nun ist es richtig, daß eine Reihe von Geschichtswerken der politischen Revolution vorangegangen sind, in denen die ruhmvollen alten Zeiten geschildert wurden, als noch die Kaiser, die Abkömmlinge der Sonnengöttin, die Regierung innehatten: ihnen sei dereinst die Wiederbelebung der Nation beschieden. Indessen beginnt dieses religiös-antiquarische Schrifttum schon 1700, ohne daß es durch anderthalb Jahrhunderte eine sichtliche Wirkung erzielt hätte. Nach wie vor führte der Mikado ein Schatten-dasein, während sein Hausmeier, der Schogun, das Reich beherrschte,

unter dem die Teilsürsten, die Daimyos, die einzelnen Landschaften regierten. Die große Staatsumwälzung wurde nicht durch die Literatur, sondern durch einen Ständekampf hervorgerufen. Die Samurais, der etwa 400000 Familien zählende kriegerische Kleinadel, wollten sich, als der Wohlstand der erwerbenden Klassen wuchs, nicht länger mit den Reisportionen begnügen, von denen seine Angehörigen seit Urväterzeit gelebt hatten; ebensowenig ließen sie sich den Ausschluß von den höheren Staatsämtern gefallen. In dem Gau von Satsuma lebten die stolzesten Samurais und es fügte sich, daß der Daimyo eben dieser Landschaft fast der einzige der Teilsürsten war, der sich zu ihnen schlug. Aus den Rittern dieses Gaus gingen fast alle die Staatsmänner hervor, die das moderne Japan begründet haben, und ebenso die namhaftesten Befehlshaber im Kriege gegen Rußland, wie Admiral Togo und Marschall Oyama. Die Führer des Schwertadels wählten den richtigen Weg und scharten sich um den Mikado, für den das niedere Volk eine tiefe religiöse Verehrung hegte; der 1867 zur Regierung gekommene 14 jährige Kaiser Mutsuhito stieg durch sie zur obersten Macht empor. Der Schogun und die Daimyos, von oben und von unten bedrängt, von ihren Kriegern fast völlig im Stiche gelassen, unterwarfen sich nach geringem Widerstande. Darauf gingen die Schöpfer der neuen Ordnung, Okubo an der Spitze, daran, Japan zu einem in Verwaltung und Kriegswesen neuzeitlichen und straff geeinigten Staate umzugestalten; erkannten sie doch, daß Nippon sich nur auf diese Art der Ansprüche und Abergrieffe der europäischen Seevölker erwehren konnte. Eben diese patriotische Sorge war einer der stärksten Anstöße zur Aufrüttelung des öffentlichen Geistes gewesen. So aber hatten sich die Samurais die Ergebnisse ihrer Anstrengungen nicht gedacht; Staatseinheit und Beamtenmacht mißfielen ihnen, die Kriegerlaste sollte in den einzelnen Landschaften regieren. Wieder stellte sich der Satsuma-Gau an die Spitze des Widerstandes. Viele Samurais aber blieben der Regierung treu und diese warf den Aufruhr 1877 in einem blutigen Kriege nieder. Im Jahre darauf wurde Okubo von fanatischen Gegnern ermordet; die von ihm begründete Staatsordnung aber befestigte sich. Der Kaiser schuf aus den verdientesten und wohlhabendsten Familien des ihm getreuen Adels eine Aristokratie mit großen Titeln (Marquis, Fürsten, Grafen und Barone). In der Sache aber wurde Nippon ein Militär- und Beamtenstaat, am ehesten mit Preußen vergleichbar, nur daß in Japan die leitenden Stellen im

Staate und im Heere ausschließlich dem hohen und dem niederen Adel vorbehalten blieben.

Alle diese Vorgänge haben sich im einzelnen ähnlich auch in verschiedenen Ländern des Westens abgespielt, immer natürlich mit den durch Nationalcharakter, Klima und Volkswirtschaft bedingten Unterschieden. Was aber in der Geschichte einzig dasteht, das ist die staunenswerte Empfänglichkeit der Japaner für die europäische Kultur und ihre Anpassungsfähigkeit. Die Römer galten den Griechen, schon als diese unterworfen waren, als Barbarenvolk, die Germanen benötigten eines halben Jahrtausends, wenn nicht mehr, um die römische Bildung in sich aufzunehmen. Japan aber brachte es in einem Menschenalter zuwege, in den Künsten des Krieges und des Friedens, wenigstens nach der technischen Seite hin, Europa zu erreichen. Ob dies rasche Aufschließen zur Blüte nicht auch die Gefahr baldigen Wellens in sich schließt, wird sich an den Enkeln der Generation zeigen, welche 1868 eine neue Zeitrechnung in Japan einführte, die bezeichnenderweise die Meiji, die Epoche der Aufklärung, genannt wird.

Die Waffen des erstarkten Nippon kehrten sich zunächst gegen Korea und damit gegen China. Denn um den Besitz Koreas haderten die zwei Nationen seit jeher, und diesem Umstande verdankte der Pufferstaat eine gewisse staatliche Selbständigkeit. Kurz entschlossen übersandte Japan dem Herrscher von Korea am 20. Juli 1894 ein Ultimatum, forderte die Einführung von Reformen und besetzte, da die Antwort unbefriedigend ausfiel, die Hauptstadt Söul. Darauf schickte China eine Flotte und ein Landheer zur Vertreibung der Japaner aus. Diese aber hatten unter deutschen Lehrmeistern, zumal durch den preußischen General Medel, den Krieg gründlich erlernt, auch alle Vorbereitungen getroffen. Unter dem Oberbefehl des Marschalls Yamagata besiegten sie am 15. September das chinesische Landheer, das vom Norden her in Korea eindringen wollte; dasselbe Schicksal wurde der chinesischen Flotte durch Admiral Ito zuteil. Korea war damit erobert, aber China gab noch nicht nach, so daß der Krieg in dieses Reich getragen werden mußte. Mit überraschender Kraft und unter Ausnutzung aller strategischen Bedingungen erfolgte der Angriff. Er richtete sich zuerst gegen die Halbinsel Ljaotung, die den Golf von Petschili und die Zufahrt nach Peking vom Norden her beherrscht. Der Vorstoß geschah so plötzlich, daß die Chinesen überrannt wurden und Port Arthur am 10. November nach kurzem Kampfe in die Hände der Japaner fiel. Darauf

warfen sich die Sieger auch auf den Südeingang zum Golf von Peking und öffneten sich so den Zugang nach Peking. Da mußte China um Frieden bitten. Sein hervorragendster Staatsmann Li-Hungtschang begab sich ins japanische Hauptquartier und schloß am 17. April 1895 den demütigenden Frieden von Schimonoseki. Korea wurde seinem Schicksal überlassen, Formosa abgetreten und eine Kriegsschädigung zugesagt. Das alles war nicht so schlimm wie der Verzicht auf Port Arthur und auf einen großen Teil der Halbinsel Liaotung; denn damit bemächtigte sich Japan des Schlüssels zum Gelben Meer und der Herrschaft über die chinesischen Gewässer.

Rußland nahm es nicht ruhig hin, daß sich eine neue Großmacht an den Küsten des Großen Ozeans festsetzte, die es selbst begehrte. Die Häfen, die Rußland an diesem Meere besaß, so Wladiwostok, sind im Winter zugefroren; Port Arthur aber bleibt immer offen, so daß es seit jeher die osteuropäische Macht anlockte.

Nicht bloß dorthin streckte Rußland die Hand aus, auch in Zentralasien griff es um sich. Zwischen den Jahren 1891 und 1893 unterwarf es sich Pamir, das „Dach der Welt“, das an Tibet grenzende Hochland. Rußland wurde dadurch der Nachbar auch des indobritischen Reiches, sein Vormarsch nach Indien war, geographisch genommen, keine Unmöglichkeit.

Zar Alexander III. war am 1. November 1894 gestorben, sein Sohn Nikolaus II. aber hegte von Jugend auf lebhaftes Interesse für Ostasien. Als Kronprinz hatte er eine Reise nach Japan unternommen und war von seinem Begleiter, dem Fürsten Uchtomskij, für die Ansicht gewonnen worden, die Zukunft Rußlands liege in Asien. Uchtomskij verbreitete sich in seinen Werken und als Publizist mit Vorliebe über diese Mission des Zarenreiches: Asien, so lehrte er, sei eigentlich nur dessen Verlängerung. Die mächtige Erhebung Japans kreuzte diese Entwürfe und rief den Widerstand der russischen Regierung wach. Wenige Wochen nach Alexander III. starb am 26. Januar 1895 auch der russische Minister des Außern Nikolaus von Giers, und Fürst Alexander Lobanow wurde sein Nachfolger. Als Botschafter in Wien war Lobanow gegen seine bessere Überzeugung Vollstrecker der Befehle Alexander III. gewesen, durch welche sich Rußland in der bulgarischen Angelegenheit eine Niederlage holte. Er beklagte es, daß sich die russische Politik in den unrühmlichen Zank mit dem Prinzen von Roburg verbiß; Lobanows Blicke waren vielmehr auf den weiten Osten gerichtet,

er verlegte daher den Schwerpunkt der politischen Arbeit auf die Ausbreitung der russischen Macht in Hinterasien. Seine erste Aufgabe sah er darin, dem Siegeszuge Japans haltzugeben.

Die Petersburger Regierung war der Unterstützung Frankreichs sicher, sie mußte sich aber, um im Osten machtvoll auftreten zu können, auch mit den europäischen Mittelmächten verständigen. Wie Lobanow sich mit Österreich-Ungarn und Bulgarien auseinandersetzte, soll später erzählt werden. Noch besser gelang das Einvernehmen mit Kaiser Wilhelm, und damit trat in der deutschen Politik eine folgenreiche Wendung ein.

*

Eintritt Wilhelms II. in die Weltpolitik

Ostasiatischer Dreibund

Wilhelm II. kam jung auf den Thron, dann erst formten sich in manchem Belang seine Regierungsgrundsätze. Er ist stets für geistige und politische Eindrücke empfänglich gewesen, seine Entwicklung hat nie gestockt, seine Begeisterungsfähigkeit blieb immer dieselbe. Meer und Flotte beschäftigten seit jeher seine Aufmerksamkeit und seine Phantasie, aber im ersten Jahrzehnt seiner Regierung muß seine Teilnahme für die Weltpolitik, mindestens für Kolonialerwerb, verhältnismäßig gering gewesen sein. Sonst hätte er Caprivi nicht gewähren lassen und nicht gestattet, daß der Kanzler von den deutschen Siedelungen in Afrika geringschätzig sprach und die Möglichkeit weiteren Landgewinns von sich wies. Es bedarf nach dem ganzen Charakter Wilhelms keiner weitläufigen Erklärung, wie es kam, daß seine Seele sich bald mit größeren Vorstellungen und Zielen erfüllte. Das lag an seiner Persönlichkeit, noch mehr vielleicht an der mächtigen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft. Im Jahre 1870 betrug der Außenhandel des jetzt das Deutsche Reich bildenden Gebietes $4\frac{1}{4}$ Millionen Mark, stieg aber bis 1890 auf $7\frac{1}{2}$ Milliarden, bis 1910 auf $16\frac{1}{2}$ Milliarden. Dabei ist zu beachten, daß der Verkehr Deutschlands über See relativ stärker angewachsen ist als seine übrige Ausfuhr.

Es mag wohl sein, daß einer der Gründe der Entfremdung des

Kaisers vom zweiten deutschen Reichskanzler darin lag, daß dieser der Gedankenrichtung Wilhelms nicht zu folgen geneigt war. Erst nach Caprivis Rücktritt strömte des Kaisers Teilnahme für die Ereignisse über See voll zutage. So in der Rede beim Festmahl anlässlich des 25. Gründungstages des Deutschen Reiches, 18. Januar 1896, wo Wilhelm II. der Taten seines Großvaters und seines Vaters gedachte und dann fortfuhr: „Wir dürfen dankbar die Vorteile genießen und dürfen uns des heutigen Tages freuen. Damit geht auf uns jedoch die ernste Pflicht über, auch das zu erhalten, was die hohen Herren uns erkämpft haben. Aus dem Deutschen Reiche ist ein Weltreich geworden. Überall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. Nach Tausenden von Millionen beziffern sich die Werte, die Deutschland auf der See fahren hat. An Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, mir zu helfen, dieses größere Deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern.“ Durch die Nation ging begeisterte Zustimmung, als der Kaiser ihr etwas später zurief: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser!“ In einem Gespräche über diesen Gegenstand äußerte er einmal: „Mein Großvater gründete das Reich, mein Vater ist der siegreiche Heerführer in unseren größten Schlachten gewesen, meine Aufgabe ist es, der deutschen Nation die alte Seegeltung in der Welt wieder zu verschaffen!“ So bezeichnete der Kaiser als Steuermann das Ziel.

Nicht immer wurde der richtige Kurs genommen. Zunächst ging die Fahrt nach Ostasien. Es lag doch ein Widerspruch darin, daß Deutschland, nachdem es seit etlichen Jahren achtlos an dem nahen Afrika vorübersegelt war, an den Gestaden Chinas landete. Das Versäumte konnte jedoch, wie der Kaiser und seine Minister sich sagten, anderswo nicht nachgeholt werden. Die treibende Kraft war wohl Staatssekretär Marschall von Bieberstein, auch wurde Herr von Brandt, der zuerst deutscher Gesandter in Japan, dann 1875 bis 1893 in China gewesen war, im Frühjahr 1895 vom Kaiser zu Rate gezogen und sprach einem entschiedenen Auftreten gegen Nippon das Wort. Als der Zar dem Deutschen Kaiser zu jener Zeit schrieb und ihn einlud, sich an den Maßnahmen zum Schutze Chinas zu beteiligen, fand er um so williger Zustimmung, als er hinzufügte, er würde nichts dagegen haben, wenn Deutschland in China einen festen Punkt oder eine Kohlenstation besetzte. Das war eine Aussicht, die zum Mitgehen verlockte.

So kam es zu einer Verständigung der Kabinette von Petersburg, Berlin und Paris, der man den überschwänglichen Namen des ostasiatischen Dreibunds beigelegt hat. Er war gegen Japan gerichtet, hatte eine Spitze jedoch auch gegen England, schon weil er diese Macht beiseite ließ. Die drei Kabinette forderten am 23. Mai 1895 von Japan die Rückgabe Port Arthurs, also des schönsten Siegespreises, und überhaupt den Abzug aus der Mandchurei. Zähneknirschend mußte Nippon nachgeben. Es blieb ihm also nur Formosa und eine Kriegsschädigung, Korea aber war noch weiterhin umstrittenes Gebiet.

Es war die eigene Schuld Japans, daß ihm auch Korea entging. Es wollte in diesem Lande barbarisch durchgreifen. Da die Königin, die die Seele der Regierung war, sich den Weisungen Japans nicht beugte, ließ dessen Gesandter Miuro die Dame von seinen Helfershelfern in ihrem Palast überfallen und ermorden (8. Oktober 1895). Erschreckt floh der König in die russische Gesandtschaft und blieb ein ganzes Jahr in deren Schutz. So überwog auch in diesem Lande der Einfluß Rußlands.

In Japan fand man es erklärlich, daß Rußland bei seiner bekannten Ausdehnungspolitik nach Ostasien ausgriff und ebenso, daß Frankreich sich von der Regierung des Zaren ins Schlepptau nehmen ließ. Der Groll richtete sich vornehmlich gegen Deutschland, das keinen Grund hatte, Japan auf den Amboss zu legen. Die Dankbarkeit gegen die deutschen Lehrer und die Hochschätzung deutschen Wesens erlitten einen Stoß. Ein Fehler war es, daß sich das Berliner Kabinett in den Vordergrund stellte, statt den Russen den Vortritt zu überlassen; das ganze Gehaben war zu geräuschvoll. Kaiser Wilhelm war Feuer und Flamme gegen Nippon und sprach in dieser Zeit öfters von der Europa bedrohenden gelben Gefahr. Er selbst entwarf ein Bild Buddhas als des Sinnbildes des fernen Ostens und versah es mit der Inschrift: „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!“ Abdrücke des Bildes gingen von Hand zu Hand und blieben auch den Japanern nicht unbekannt. Bismarck erhob seine mahnende Stimme: er tadelte es, daß Deutschland zu scharf ins Zeug gegangen war und sich die Zuneigung Japans verscherzt hatte. Das „Arbeiten auf Prestige“ entspreche nicht der Würde des Reiches¹⁾.

¹⁾ Albrecht Wirth, „Weltgeschichte der Gegenwart“ (3. Aufl. Hamburg 1913), S. 186. — Otto Hammann, „Der neue Kurs“, S. 169, bemerkt, daß Holstein auch deshalb für den Anschluß Deutschlands war, weil er Rußland in Ostasien beschäftigen und dadurch verhindern

Nicht bloß bei diesem Vorgehen, auch sonst war bemerklich, daß unter dem Reichskanzler Hohenlohe wieder mehr Wert auf die Beziehungen zu Rußland als auf die zu Großbritannien gelegt wurde. Vielleicht spielte dabei das bittere Gefühl mit, Deutschland habe sich bei der Teilung Afrikas von England übervorteilen lassen. Ob nun die Gründe zum Anschlusse an England 1890 triftig waren, oder ob sich 1895 das Abbrücken besser empfahl: auf keinen Fall war die zweimalige Schwelung dem Ansehen Deutschlands günstig. Lebhaftem Widerspruche begegnete die Abkehr von England bei dem Grafen Münster, der 1873 bis 1885 Botschafter in London und seitdem in Paris war. Als er von Berlin den Auftrag erhielt, mit der französischen Regierung über das Zusammengehen gegen Japan zu verhandeln, rief er aus: „Diesen Unsinn mache ich nicht!“, sein Botschaftsrat Schön hatte Mühe, ihn zu begütigen. Münster sprach eben immer der Freundschaft mit England das Wort. Diese Macht war durch den ostasiatischen Dreibund beiseite geschoben und wurde dazu gedrängt, sich mit Nippon zu verständigen. Da aber Japan auf der ostasiatischen Rennbahn das beste Pferd war, so machte Großbritannien bei diesem Einsatz ein gutes Geschäft.

*

Rußlands Übergewicht in Ostasien Kiautschou

Den Hauptgewinn aus dem ostasiatischen Dreibund zog Rußland. Japan und China bewarben sich um seine Freundschaft, so daß Zar Nikolaus seine Träume erfüllt glaubte. Anlässlich seiner Krönung schickten die zwei Regierungen Hinterasiens ihre hervorragendsten Männer nach Moskau, Japan den siegreichen Marschall Yamagata, China den vielerprobten Li-Hungtschang. Jeder hatte einen wichtigen Auftrag, Fürst Lobanow verhandelte mit ihnen und schloß auch mit beiden ab¹⁾.

wollte, daß das russisch-französische Bündnis durch einen Krieg gegen Japan die „Blut-
taufe“ erhielt. Das wurde allerdings durch den Beitritt Deutschlands erreicht — das letztere
Motiv war aber weit hergeholt, wie sonst auch viele politische Berechnungen Hofsteins.

¹⁾ Fürst G. Trubekoi, „Rußland als Großmacht“ (Deutsche Übersetzung, Berlin 1913),
S. 44—49.

— Der Japaner sprach über Korea und man einigte sich: das Land werde unabhängig bleiben, auch sollten die Kabinette von Petersburg und Tokio nicht einseitig in Korea vorgehen, vielmehr sich über jede das Land betreffende Frage verständigen. — Weit wichtiger war der mit China geschlossene Geheimvertrag, den der russische Gesandte Graf Cassini bereits in Peking vorbereitet hatte. In ihm liegt der Keim zu den größten Verwicklungen, zuletzt des Japanisch-Russischen Krieges. China erhielt die wertvolle, wenn auch gefährliche Zusicherung des Schutzes Rußlands und gestattete dafür den Bau einer Eisenbahn durch die ihm gehörende Mandschurei bis nach Port Arthur und an den Großen Ozean. Großartige Aussichten eröffneten sich damit dem Zarenreiche. Denn wenn die Eisenbahnkonzession auch nicht dem russischen Staate, sondern einer Gesellschaft erteilt ward, so fiel dem Zaren damit doch die Eisenbahnhoheit in der Mandschurei zu.

Trotzdem kehrte Li-Hungtschang beruhigt nach Peking zurück, da der Vertrag den Bestand und die Grenzen Chinas verbürgte, also Schutz gegen einen zweiten japanischen Angriff enthielt. Er glaubte, die Unversehrtheit des Reiches nicht zu teuer erkauft zu haben. Bald wurde er aber aus seiner Täuschung gerissen. Denn kaum hatte Rußland die wichtige Eisenbahnkonzession bis Port Arthur in der Tasche, so trat es mit neuen großen Forderungen hervor. Nicht besser als den Chinesen erging es den Japanern, die sich bald über Eingriffe Rußlands in Korea zu beschweren Grund hatten.

Bei diesem Vordringen ließ Rußland klugerweise wieder dem Deutschen Reiche den Vortritt. Dieses besaß die Zustimmung Rußlands zur Erwerbung einer Flottenstation in China und wollte nach den Schusaninseln greifen; da behauptete England, es hätte auf die Eilande ältere Rechte. Fürst Hohenlohe besprach bei einem Besuche in Petersburg die Angelegenheit mit dem Zaren und dieser sagte: „Die Engländer wollen immer alles für sich haben. Wo jemand etwas nimmt, wollen sie sich gleich mehr nehmen“ — und dabei machte er die hierzu gehörende Armbewegung. Kurze Zeit darauf wurden Deutschland und Rußland handelsseins. Die russische Regierung legte den größten Wert auf den Hafen von Port Arthur und hatte nichts dagegen, daß die Deutschen Kiautschou in Besitz nahmen. Ein Zwischenfall beschleunigte die Ausführung. Die Ermordung einiger katholischer deutscher Missionare in China legte der deutschen Regierung die Pflicht kräftigen Einschreitens auf. Der Anlaß wurde rasch ergriffen und am 14. November 1897

Kiautschou durch ein Geschwader unter Admiral Diederichs besetzt. Der Kaiser sandte am 16. Dezember 1897 seinen Bruder Heinrich mit zwei Panzerkreuzern nach Ostasien, um den Chinesen vollen Ernst zu zeigen. Beim Abschied sagte er zum Prinzen Heinrich: „Reichsgewalt bedeutet Seegewalt; sollte einer uns an unseren guten Rechten tranken wollen, so fahre drein mit gepanzerter Faust!“ Und der Prinz antwortete: „Daß eine versichere ich Eurer Majestät: mich lockt nicht Ruhm noch Lorbeer; mich zieht nur eines, das Evangelium Eurer Majestät geheiligter Person im Auslande zu künden, zu predigen. Jedem, der es hören will, und auch denen, die es nicht hören wollen.“ Befremdete schon die Nebeneinanderstellung des Evangeliums des Kaisers mit dem des Heilands, so war das scharfe Wort von der „gepanzerten Faust“ geeignet, die anderen Nationen nachdenklich zu stimmen. Worauf hatte es der Kaiser abgesehen, wenn er bei so wenig entscheidendem Anlasse drohende Worte sprach? Es war nicht notwendig, die ganze Welt zum Widerspruche zu reizen, denn Wilhelm II. wollte doch nur auf China einen Druck ausüben, das sich noch sträubte, dann aber am 4. Januar 1898 mit Deutschland einen Vertrag schloß, durch den Kiautschou für 99 Jahre an Deutschland verpachtet wurde.

Nach der Festsetzung der Deutschen in Kiautschou forderte Rußland von China ungleich Größeres: die Halbinsel Ljautung mit dem beherrschenden Hafen von Port Arthur, dem Schlüssel zum Gelben Meere. Das hilflose Reich der Mitte mußte am 15. März 1898 nachgeben und diese Stadt wie Talienwan für 25 Jahre an das Zarenreich verpachten. Laut klagte Li-Hungtschang, er sei beim Abschluß des früheren Vertrages von Rußland hintergangen worden. Natürlich verlangte auch Frankreich seinen Anteil an der Beute und nahm sich die Bucht von Kwangtschou. So wetteiferten die drei Retter Chinas in dessen Verkleinerung: Japan hatte nach seinem Siege lange nicht so viel in Anspruch genommen, so daß China jetzt schlechter fuhr als beim Frieden von Schimonoseki. Abri gens wollte auch England nicht zurückstehen, das es zwar mit Japan gehalten, also China keine Dienste geleistet hatte: dennoch bemächtigte es sich des Hafens von Weihaiwei. Zuletzt meldete sich auch Italien zur Mahlzeit, doch wurde es von der chinesischen Regierung kurzerhand abgewiesen.

Mit der Losreißung Kiautschous, Port Arthurs und Weihaiweis von China feierte der europäische Imperialismus in Ostasien Orgien. Er ist die philosophische Staatslehre des Starken, also am günstigsten

den Stärksten. Das aber waren Rußland und England. Sie hatten einander bislang nach Möglichkeit Abbruch getan, fanden aber jetzt, es wäre vorteilhaft, sich angesichts der nahen Teilung Chinas zu verständigen. Rußland wollte seine Beute in Sicherheit bringen, Großbritannien wieder ging eben daran, sein südafrikanisches Reich durch Niederwerfung der Buren zu erweitern und abzurunden. Die zwei Mächte vermieden es also, einander in China ins Gehege zu gehen, und trafen am 28. April 1899 eine Verabredung über die Teilung ihrer Einflußgebiete. Danach fiel die Mandschurei in den Machtkreis Rußlands, das fruchtbare, zukunftsreiche Becken des Yangtsekiang in den Englands. Jeder Macht war in ihrem Bereich der Bau und die Ausbeutung von Eisenbahnen überlassen. England erhielt außerdem das Recht, den Handel auf dem Yangtsekiang durch seine Kanonenboote zu überwachen.

Damit schienen die Lose über die gelbe Rasse geworfen. Japan war zurückgedrängt, China völlig hilflos. Was die Japaner im letzten Kriege mit dem Schwerte gewonnen hatte, fiel zum guten Teil den Fremden zu. Die Folgen stellten sich bald ein. In China entstand eine nationale und patriotische Gegenbewegung, die der Vorer, welche die Schmach des Vaterlandes nicht länger tragen wollten und allen Fremden den Tod schwuren. Nippon wieder war zum Kriege gegen Rußland entschlossen, schlug aber erst 1904 los, als es gänzlich gerüstet war. Bis dahin überwog in Ostasien die russische Macht, um so mehr als Albion durch den dreijährigen schweren Krieg mit den Buren ausreichend beschäftigt war.

*

Ferdinand von Bulgarien zwischen Österreich und Rußland

Österreich-Ungarn empfand es als Entlastung, als Rußland sich den Eroberungen in Ostasien, der Unterwerfung der Mandschurei und Koreas zuwandte. Kalnoky sah die Früchte seiner Politik des Abwartens reifen, bei der möglichst wenig auß Spiel gesetzt worden war. Solange Zar Alexander III. lebte, war diese Wendung so gut wie aus-

geschlossen, denn er war körperlich wie geistig stiernackig und in seinen Zu- und Abneigungen unbeirrbar. Nikolaus II. war weicher veranlagt, Lobanow aber längst entschlossen, den unfruchtbaren Streit mit Osterreich beizulegen. Schon als Botschafter in Wien hatte er in ruhiger Zwiesprache mit Kalnoky die Kriegsgefahr zu beschwören verstanden, mochte sich auch am Zarenhofs Donner und Blitz entladen. Als Kanzler sprach er, da Rußland in Ostasien Großes vorhatte, das geflügelte Wort, der Balkan sei unterdessen „unter einen Glassturz“ zu stellen, oder wie er sich auch ausdrückte, man werde ihn durch eine gewisse Zeit „einfrieren lassen“.

Fürst Ferdinand, von den Mächten noch nicht als Herrscher in Bulgarien anerkannt, atmete freier auf. Das Wiener Kabinett hatte ihn zwar vor dem Ärgsten geschützt, sich aber nicht entschließen können, ihn förmlich anzuerkennen. Wie Mohammeds Sarg zwischen Himmel und Erde, so schwebte seine Fürstenkrone zwischen der österreichischen und der russischen Macht. Seine Stellung als Schützling Osterreich-Ungarns war ihm unbehaglich, zumal da Kalnoky ihn fühlen ließ, daß er von Wien abhing. Bevor also der Zar dem Koburger seine Gnade zuwandte, lag dessen Zukunft im Dunkeln. Durch seine Verwandten ließ er nach Petersburg Fäden spinnen, konnte jedoch nicht auf Versöhnung hoffen, solange Stambulow sein Ministerpräsident war, der in Rußland bestgehaßte Mann Bulgariens. Der aber war auch dem Fürsten durch seine alles niedertretende Energie unbequem geworden; so entschloß sich Ferdinand, den Begründer seines Thrones am 30. März 1894 zu entlassen und das russenfreundliche Kabinett Stoilow zu berufen. Es war ein Glücksfall für ihn, daß im November darauf Nikolaus II. den Thron bestieg. Eine bulgarische Gesandtschaft, geführt vom Metropolitan Klement, reiste nach Petersburg und wurde vom jungen Zaren freundlich empfangen. In Wien gab man sich mit dieser Annäherung immerhin zufrieden, da es ein Vorteil war, wenn Rußland sich nach langem Widerstreben mit der von Osterreich auf dem Balkan geschaffenen Tatsache abfand und die Anerkennung des Fürsten von Bulgarien zuließ. So sah Graf Kalnoky die Dinge an.

Unterdessen war Kalnoky nach erfolgreicher Tätigkeit am 16. Mai 1895 von der Leitung des Ministeriums des Außern zurückgetreten. Er war mit der ungarischen Parlamentsmehrheit scharf zusammengeraten, da er ebenso wie Kaiser Franz Joseph der Einführung der Zivilehe widerstrebt; als die liberale Partei ihren Willen durchsetzte, war die Stim-

mung beiderseits so gereizt, daß Kalnohy aus einem an sich unbedeutenden Anlasse sein Amt niederlegen mußte. Er geriet mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy in Streit, als dieser im Parlament die Agitation des Nuntius Agliardi unter dem ungarischen Klerus scharf tadelte. Die großen Verdienste des Grafen Kalnohy um die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten konnten auch von seinen Gegnern nicht bestritten werden, schützten ihn aber nicht vor dem Abwollen der in Ungarn herrschenden Partei.

Graf Agenor Goluchowski wurde sein Nachfolger, bis dahin Gesandter in Bukarest. Unter ihm wandten sich die Dinge in Bulgarien zum Schlimmeren. Lobanow kam den Wünschen Ferdinands geschickt entgegen, knüpfte aber dessen Anerkennung an die Bedingung engen Anschlusses an Rußland. Das Ministerium Stoilow drang in den Fürsten, dem Enkel des Zarebefreiers zu Willen zu sein. Es stellte ihm vor, das Volk verlange die Versöhnung mit Rußland, sein Thron wäre in Gefahr, wenn er nicht einlenkte. Er müsse das Opfer bringen, seinen 1894 geborenen Thronerben Boris, der katholisch getauft war, in den Schoß der orthodoxen Kirche aufnehmen zu lassen. Der Fürst wich den Drohungen der russenfreundlichen Partei, aber auch der Lockung, in Petersburg in Gnaden aufgenommen zu werden, und kündigte seinem Volke am 3. Februar 1896 seine Absicht an, den kleinen Prinzen der Orthodogie zuzuführen.

Dadurch geriet er aber mit der katholischen Kirche, mit seiner Gattin und mit dem Wiener Hofe in arge Weiterungen. Sein Schwiegervater, Herzog Robert von Parma, hatte in die Vermählung seiner Tochter Luise mit dem Fürsten nur unter der Bedingung gewilligt, daß die Kinder aus ihrer Ehe in der katholischen Lehre erzogen würden. Der Herzog legte gegen den Glaubenswechsel Protest ein, Fürstin Luise verließ Bulgarien, der Papst belegte den Koburger mit dem kleinen Kirchenbann, so daß er die Sakramente zwar empfangen durfte, aber nur nach jedesmaliger Erlaubnis der kirchlichen Oberen. Das Schlimmste für den Fürsten war, daß der Wiener Hof gleichfalls seine scharfe Mißbilligung des Geschehenen aussprach. Vergebens stellte Ferdinand vor, daß er sich in Bulgarien nicht behaupten könnte, wenn er sich dem Wunsche seines Volkes widersetzte. In Wien wurde erwidert: nicht der Glaubenswechsel des kleinen Prinzen hätte den Unwillen der Hofburg hervorgerufen, wohl aber der Bruch des von Ferdinand feierlich gegebenen Versprechens. Es wäre nun Pflicht des österreichischen Mini-

sters des Außern gewesen, zu verhindern, daß der Streit aus dem Bereich der Religion auf das Gebiet der Politik übersprang. So heißte es das eigenste Interesse der Monarchie. Das Wiener Kabinett jedoch behandelte den Koburger wie einen Abtrünnigen und drängte ihn dadurch ganz zu Rußland hinüber. Denn Ferdinand, den Augenblick rasch erfassend, warf sich ohne Rücksicht auf die ihm von Österreich geleisteten Dienste dem russischen Hofe in die Arme, dem er als reuiger Sünder erst recht willkommen war. In einer Ansprache an die Nationalversammlung erklärte er, er habe um der Wohlfahrt Bulgariens willen seine Familienbände gelockert und völlig mit dem Westen gebrochen. Unter dem Jubel der Abgeordneten schloß er: „Der Westen hat seinen Bannfluch über mich ausgesprochen, die Morgenröte des Orients umstrahlt meine Dynastie und leuchte über unsere Zukunft.“ Unmittelbar darauf fand der Glaubenswechsel des Kronprinzen statt, der besondere Weihe dadurch erhielt, daß der Zar die Patenstelle bei dem Säusling übernahm. So unangenehm der Wiener Hof auch dadurch berührt wurde, so machte er keine Schwierigkeiten, als Rußland jetzt die Anerkennung des Bulgarenfürsten durch Europa anregte. So konnte Ferdinand am 14. März 1896 die Belehnung durch den Padischah erhalten. Als der Fürst aber Ende März eine Rundreise durch Europa antrat, wurde er an den anderen Höfen ehrenvoll aufgenommen, Kaiser Franz Joseph jedoch lehnte es ab, ihn zu empfangen. Noch durch eine Reihe von Jahren mußte er der Hofburg fernbleiben. Erbittert durch diese Behandlung, führte er das Begonnene völlig durch. Keine Aufmerksamkeit für den Petersburger Hof war ihm zuviel, die Feierlichkeiten zu Ehren Alexanders II., des Zarfreyers, wollten kein Ende nehmen. Als es ihm hierauf gelungen war, sich mit seiner Gemahlin zu versöhnen, reiste er mit ihr 1898 nach Petersburg. Dann stellte sich im Juli 1901 zum ersten Male während seiner Regierung ein russischer Großfürst in Sofia ein und im nächsten Jahre begab sich Ferdinand wieder an die Nawa. Fürst Lobanow, der das Ganze geschickt eingeleitet hatte, war zwar schon am 30. August 1896 plötzlich auf einer Reise gestorben; sein Nachfolger Graf Murawiew aber trat in seine Fußstapfen und heimste die Ernte ohne besondere Mühe ein.

So entglitt Bulgarien der österreichischen Diplomatie infolge eines von ihr begangenen schweren Fehlers. Fürst Ferdinand hatte es verstanden, eine der rivalisierenden Mächte nach der anderen für die Sicherung seines Thrones zu gewinnen, und blieb auch weiterhin bei

dieser Methode. In seiner schwierigen Lage behalf er sich so gut er konnte. Auch mit der katholischen Kirche glied er sich aus, doch mit ihr am spätesten. Herzog Robert von Parma starb 1907 noch im Groll gegen ihn, Fürstin Luise war ihrem Vater schon 1899 im Tode vorausgegangen. Erst 1916, nach den im Vereine mit den deutschen und den österreichischen Waffen errungenen bulgarischen Siegen, söhnte sich die Familie Parma mit Ferdinand aus, und der Papst, so hieß es in der von ihr ausgehenden Veröffentlichung, gewährte ihm Verzeihung. Außer dem Thronerben waren alle Kinder des Fürsten, späteren Zaren von Bulgarien, katholisch geblieben, und Ferdinand selbst hat sich stets als gläubigen Sohn seiner Kirche bekannt.

*

U r m e n i s c h e G r e u e l 1894 — 1896

T ü r k i s c h - g r i e c h i s c h e r K r i e g 1897

Wie Bulgarien, so erfreute sich auch die Pforte der von Rußland seinen westlichen Nachbarn gewährten Schonzeit. Es konnte für sie nichts Günstigeres geben als Feindschaft zwischen dem Zarenreich und Bulgarien, doch auch deren Versöhnung brachte ihr so lange keine Gefahr, als der Schwerpunkt der russischen Politik an die Küsten des Großen Ozeans verlegt war. Es trat sogar der sonderbare Zustand ein, daß Rußland, um sich in Ostasien nicht stören zu lassen, sich für die Erhaltung des Osmanischen Reiches einsetzte. Da es nicht in die Schüssel greifen mochte, sollten auch die anderen Enthaltbarkeit üben.

Dies war die Folge der Erweiterung des Welttheaters auf Hinterasien. Gleich Rußland stand Großbritannien unter dem Einflusse dieser Tatsache. Nur daß für die Russen die politische Magnetnadel später doch auf den Bosphorus wies, während den Briten Konstantinopel mit der Zeit weniger wichtig wurde. Für England hatte sich die Welt durch die Erschließung Afrikas wie durch das, was am Großen Ozean vorging, vollständig verändert. Konstantinopel lag seitwärts von den Großbritannien wichtigsten Meeresstraßen. Die Briten hatten 1854 einen Krieg zur Verteidigung der Meerengen geführt und wären 1878,

selbst noch 1887 wieder dazu bereit gewesen. Damit war es jetzt vorbei, Konstantinopel wie das Türkische Reich verloren in ihren Augen an Wert. In der nächsten Zeit wurde die Pforte ihnen gleichgültig, später dachten sie daran, deren Ländergebiete zu Abschlagszahlungen an andere Mächte zu verwenden, gegen Ende des 19. Jahrhunderts schließlich wurde die Teilung der Türkei ins Auge gefaßt. Es ist lehrreich zu beobachten, wie sich das moralische Urteil der Engländer über die Berechtigung der türkischen Herrschaft immer nach den Zielen ihrer Politik, nach den Interessen ihres Reiches richtete. Solange die Eindämmung der russischen Macht und der Verschuß des Bosporus ihnen von entscheidender Wichtigkeit schienen, waren die Türken ehrenwerte Leute, ihr Regiment zwar besserungsbedürftig, aber auch besserungsfähig. Das änderte sich, als Albion Ägypten eroberte und sein afrikanisches Reich gründete, besonders aber seitdem der gewaltige Plan Gestalt gewann, diese Erwerbungen über Arabien und Persien hinweg mit Indien zu einem zusammenhängenden Ganzen zu verbinden. Seitdem sank die Türkei zu einem Hindernisse der Zivilisation und der Freiheit der Völker herab. Der frühere Schirmherr wurde zum Dränger, zuletzt zum erbitterten Feinde.

Die Politik Sultan Abdul Hamids war allerdings weit davon entfernt, den Forderungen der Moral zu entsprechen. Er war mißtrauisch, persönlich feige, grausam gegen die wirklichen oder vermeintlichen Feinde seines Thrones. Seine Intelligenz indessen stand hoch über dem Durchschnitt; er war einer der geriebensten Diplomaten seiner Zeit, der die gegenseitige Eifersucht der europäischen Kabinette zu benutzen und ihre Ränke zu überbieten verstand. Große Schwierigkeiten erwuchsen ihm gegen das Ende des Jahrhunderts aus den Unabhängigkeitsbestrebungen des armenischen Volkes. Dessen Angehörige waren geistig wie wirtschaftlich rührig und strebten für ihre Heimat Unabhängigkeit an. In einigen Städten Armeniens fanden 1894 Unruhen statt; die türkische Regierung ließ darauf die räuberischen Kurden los, welche immer zur Plünderung armenischer Ortschaften bereit waren; die Erhebung wurde mit blutiger Strenge unterdrückt. Da die Beschwerden der Armenier bei den Großmächten keine Abhilfe brachten, so kam eine revolutionäre Gruppe des Volkes auf den unseligen Einfall, in der Art der russischen Terroristen einen Schlag in der Hauptstadt des Türkischen Reiches zu führen und Europa so aus seiner Gleichgültigkeit aufzurütteln. Am 26. August 1896 überfielen die Verschwore-

nen die Ottomanische Bank in Konstantinopel, schossen die Beamten nieder und wehrten sich verzweifelt, wenn auch erfolglos, gegen die türkischen Truppen. Da ergrimmte der Sultan und befahl die Ermordung der in Konstantinopel und in anderen Städten des Reiches wohnenden Armenier. Der aufgestachelte Fanatismus der Befenner des Islams übte schreckliche Rache: im September 1896 wurden 80 000, nach anderen Schätzungen 150 000 Armenier niedergemetzelt.

Dieses Blutbad war furchtbarer, als die Verschwörer geahnt hatten, brachte aber zunächst die von ihnen vorausgesehene Wirkung hervor. Groß war das Entsetzen in den christlichen Ländern, nirgends aber gab es sich so lebhaft kund wie in England. Das Ereignis fiel gerade in den Beginn des Umschwunges des öffentlichen Urteils über die Lebensnotwendigkeit des Türkischen Reiches. Die politische Atmosphäre war also für moralische Empfindungen günstig. Es wäre aber ungerecht, zu verkennen, daß der Führer der Bewegung, der alte Gladstone, von wirklichem Abscheu vor Abdul Hamid und seinen Blutbefehlen beseelt war. Im Jahre 1892 war er zum vierten Male leitender Minister geworden, er legte aber im März 1894 sein Amt zurück und trat aus dem öffentlichen Leben, da er, 85 Jahre alt, von einem Augenleiden heimgesucht war. Er überließ die Leitung der Regierung dem Lord Rosebery, der sich aber nur bis zum Juni 1895 im Amte behauptete, dann kam Lord Salisbury wieder an die Macht. Die Rückkehr der Konservativen ins Amt gab Gladstone volle Freiheit, die Nation zum Kampfe gegen die Türkei aufzurufen. Der alte Berserker erwachte wieder in ihm; er gesundete förmlich im Kampfe; in Versammlungen von Tausenden und Zehntausenden forderte er Krieg gegen die Türkei. Am 8. Oktober 1896 richtete er an eine Versammlung, an deren Besuch er verhindert war, einen Brief, in dem Abdul Hamid „der große Mörder auf dem Thron“ und die Furcht vor einem Kriege ein „wüßtes Paradoxon“ genannt wurde. Lord Rosebery fand an dem Kriegstreiben keinen Gefallen, wollte die Verantwortung dafür nicht tragen und legte unter verschiedenen Vorwänden die Führerschaft der liberalen Partei nieder, da er sich von dem „großen alten Mann“ nicht gängeln lassen wollte. Das Kabinett Salisbury nahm die Sache kühler, hielt es jedoch für notwendig, der erregten öffentlichen Meinung in England eine Genugtuung zu bereiten. Es schlug den Großmächten eine gemeinsame Flottendemonstration vor Konstantinopel vor, um den Sultan zu nötigen, Armenien Autonomie zu gewähren. Auch Salisbury gebrauchte strenge

Worte gegen die Pforte; am 18. Januar 1897 erklärte er öffentlich, der Untergang des Türkischen Reiches sei unabwendbar, wenn es sich nicht zu gründlichen Reformen aufraffe. Demgegenüber hielt Rußland die Hände schützend über den Sultan. Es hatte nicht Lust, an seinen Grenzen ein selbständiges Armenien entstehen zu lassen, während es selbst seine armenischen Untertanen mit Härte behandelte. Frankreich hielt sich zum Petersburger Kabinett, Deutschland endlich, das mit der Pforte in den besten Beziehungen stand, war durchgreifenden Maßregeln gegen sie abhold. So wurden ohne jedes Ergebnis eine Unzahl von Depeschen gewechselt: der Sultan sagte zum so und so vielen Male Reformen zu, ließ aber, da er die Mächte uneinig sah, alles beim alten. Salisbury wollte die Sache nicht auf die Spitze treiben, da England im Sudan wie in Südafrika Dinge zu tun hatte, die ihm wichtiger waren. Die Welt war so groß geworden, daß die Mächte nicht Zeit hatten, sich länger um die Armenier zu bemühen. Deren Schicksal war aber eine Zeitlang mit einer weltgeschichtlichen Wendung verflochten, da England in der Verfechtung ihrer Autonomie zum ersten Male entschieden anti-türkische Politik trieb. Das ist seitdem, kurze Unterbrechungen abgerechnet, seitens Großbritanniens mit steigender Schärfe geschehen.

Die Stellung der Großmächte zur Pforte blieb ungefähr dieselbe auch in dem kurz darauf ausbrechenden Türkisch-Griechischen Kriege. Er war ein rasch vorübergehendes Zwischenspiel, so daß eine ausführliche Darstellung überflüssig wäre. Der Streit entzündete sich an Kreta, wo seit dreißig Jahren ein Aufstand der Christen den anderen ebnete. Schließlich wollte die griechische Regierung durchgreifen, ließ am 15. Februar 1897 Truppen auf der Insel landen und Kreta im Namen ihres Königs besetzen. Die Aufrollung der kretisch-griechischen Frage kam jedoch allen Großmächten aus den erwähnten Gründen ungelegen, sie verlangten also von Griechenland die Abberufung seiner Truppen, wogegen sie den Kretensern Autonomie im Rahmen des Türkischen Reiches versprachen. Griechenland fügte sich jedoch nicht. Das geeignete Mittel, es unter den Willen Europas zu beugen, wäre die Blockade des Pyräus gewesen, die auch von Deutschland vorgeschlagen wurde. England wollte sich jedoch für die türkische Herrschaft über Kreta nicht so kräftig einsetzen. Infolgedessen kam es nur zu schwächlichen Rundgebungen der Mächte, was die Griechen in der Hoffnung ermutigte, Europa werde sich ihrer zuletzt annehmen; darin wurden sie auch von Gladstone bestärkt, der sie zu ihrem Unheil zum Ergreifen der Waffen

aufreizte. So sammelten sie ein Heer in Thessalien, ein anderes in Epirus und machten sich zum Angriff bereit. Die Pforte wartete ihn nicht ab und erklärte am 17. April 1897 den Krieg. Sie besaß ein Offizierkorps, das durch Colmar Freiherrn von der Goltz nach deutschem Muster geschult war, der von 1883 bis 1895 an der Spitze der militärischen Bildungsanstalten der Türkei gestanden hatte. Goltz selbst war bereits nach Deutschland zurückgekehrt, seine Schüler aber bewährten sich und schlugen unter Führung Eghem Paschas das griechische Heer. Dieses wurde am Melunapaz und bei Turnawas zurückgedrängt, so daß die Türken am 25. April Larissa besetzen konnten. Weiterhin sahen sich die Griechen zur Räumung der Stellung von Pharfalos genötigt und am 8. Mai rückten die Türken in Volo ein. Nun war auch Mittelgriechenland ernstlich bedroht. Demgegenüber war es nicht von Bedeutung, daß die stärkere griechische Flotte einige türkische Städte beschloß. Griechenland mußte die Mächte um Vermittlung ersuchen; längere Unterhandlungen folgten, die am 4. Dezember 1897 zum Frieden führten. Der besiegte Teil verstand sich zu einer Grenzberichtigung, zahlte 75 Millionen Mark Kriegsschädigung und ließ sich die internationale Aufsicht über seine durch den Krieg vollends zerrütteten Finanzen gefallen.

Eigentlich hätte die Türkei nach ihrem Siege Kreta behalten sollen. Doch weit gefehlt. Vier von den sechs Großmächten stellten sich auf den Standpunkt, daß, da sie der Insel nun einmal Autonomie in Aussicht gestellt hatten, es jetzt dabei zu bleiben habe. Die Pforte müsse zur Einwilligung gezwungen werden. Deutschland und Österreich-Ungarn lehnten es ab, sich an diesem Drucke zu beteiligen, und ließen die anderen gewähren. Die Pforte mußte wohl oder übel nachgeben, räumte der Insel Selbstregierung ein und gab sogar zu, daß der griechische Prinz Georg an die Spitze der Verwaltung gestellt werde. Die dem Sultan bleibende Souveränität war leere Form. So bröckelte wieder ein Stück des Osmanischen Reiches ab, doch brachte ihm der Krieg das Gute, daß die Balkanstaaten die Schlagkraft der türkischen Armee kennen lernten und den Sultan durch länger als ein Jahrzehnt in Ruhe ließen.

*

Österreichisch-russisches Einvernehmen von 1897

Diese Ereignisse, wie die in Mazedonien von Zeit zu Zeit sich einstellenden Unruhen würden unter anderen Umständen unter den Großmächten zu Streitigkeiten geführt und den europäischen Frieden gefährdet haben. Indessen waren Rußland und England mit größeren Unternehmungen beschäftigt, Italien durch die 1896 in Abessinien erlittene Niederlage von Abua entmutigt; Deutschland aber und Österreich-Ungarn wünschten nichts als die Erhaltung der bestehenden Gebietsgrenzen im nahen Orient.

Die von Lobanow der russischen Politik vorgezeichnete Linie wurde auch nach seinem Tode eingehalten. Dies zeigte sich unter anderem in der Reihenfolge und dem Zeremoniell der Antrittsbesuche, die Zar Nikolaus im Herbst 1896 den europäischen Staatsoberhäuptern machte. Zuerst fand er sich beim Kaiser von Österreich in Wien ein, hierauf bei Kaiser Wilhelm in Breslau. Dann erst kam der Präsident der Französischen Republik an die Reihe, jedoch fand die Begegnung unter Entfaltung besonderen Prunkes statt. Der darauf folgende Gegenbesuch des Präsidenten Faure in Peterhof 1897 rief in Frankreich einen wahren Freudentaumel hervor, besonders, als der Zar in seinem Trinkspruche von den zwei Nationen zum ersten Male als von Alliierten sprach. Der französischen Demokratie würde ruhigeres Selbstbewußtsein geziemt haben, sie war aber geschmeichelt und gehoben, als bei der Begegnung die Schranken zwischen Gottesgnadentum und Volkssouveränität zu fallen schienen.

Die Reisen des Zaren hatten nur dekorativen Charakter, hierauf aber kam es zu einer wichtigen Verabredung. Sie erfolgte gelegentlich des Gegenbesuches, den der Kaiser von Österreich in Begleitung seines Ministers des Außern zwischen dem 27. und 29. April 1897 in Petersburg machte. Das Abereinkommen war von dem Fürsten Franz von Liechtenstein, 1894 bis 1898 österreichischem Botschafter am Zarenhofe, vorbereitet worden und wurde zu Petersburg von den Ministern Goluchowski und Murawiew in feste Form gebracht. Das war bis auf weiteres die Beendigung der zehnjährigen österreichisch-russischen Gegnerschaft auf dem Balkan, es war ein neuer Versuch des Ausgleiches

widerstreitender Interessen, ähnlich wie er unter Andrassy und dann von Kalnoky in Angriff genommen worden war. Durch die Anerkennung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien seitens der Mächte war im Südosten Europas ohnedies eine Ruhepause eingetreten, die nach dem Wunsche der zwei Kabinette fortdauern sollte. Die zwei Kaiser und ihre Minister vereinbarten, fürderhin auf dem Balkan nicht einseitig handeln zu wollen; sie verpflichteten sich, jede auftauchende Frage zu besprechen und nach erzieltm Einvernehmen gemeinsam vorzugehen. Das war nicht eine Teilung der Einflußgebiete, wie Bismarck sie immer empfohlen hatte, sondern, um einen etwas übertreibenden Ausdruck zu gebrauchen, ein gemeinsames Protektorat über die Staaten und Völker des Balkans.

Was Rußland mit diesem Abkommen bezweckte, war für niemand ein Rätsel: es hielt sich, während es in Ostasien vordrang, in Europa den Rücken frei. Osterreich-Ungarn wieder war es zufrieden, nach den Aufregungen des Kampfes um Bulgarien zur Ruhe zu kommen; es mußte nicht mehr ununterbrochen auf der Wacht stehen. Gegen den Ausgleich mit Rußland ließ sich nichts einwenden, nur durfte dieser Macht nicht wieder die Tür zu ihren auf dem Balkan verlorenen Stellungen geöffnet werden. In Bulgarien war es, wie wir wissen, bereits geschehen, doch lag für Osterreich-Ungarn ein Vorteil darin, daß Bulgariens Unabhängigkeit gesichert war. In Serbien standen die Dinge schlimmer. Dieses Land wendete sich seit der Thronentsagung König Milans, 1889, immer mehr von der Donaumonarchie ab. Als der Zar seine Hände segnend über den unseligen Ehebund hielt, den König Alexander 1900 mit Draga Maschin schloß, sah der letzte der Obrenowitsch in Rußland den Schützer und Helfer. Von Montenegro war nie etwas anderes zu erwarten gewesen; dazu aber kam 1896 die Heirat der Tochter der Schwarzen Berge, Helene, mit dem Kronprinzen Viktor Emanuel von Italien; seitdem konnte sich Fürst Nikolaus von Montenegro welchen Bundesgenossen immer gegen Osterreich-Ungarn wählen. In Albanien endlich wich die Donaumonarchie, wie noch zu erzählen ist, vor Italien um einen starken Schritt zurück. Wie rasch hatten sich die Dinge doch seit den Tagen Andrassys und Kalnokys gewendet! Es war wie im Deutschen Reiche: hier zerrann ebenso das von einem größeren Vorgänger hinterlassene Erbe. Nur war es doppelt auffallend, daß Graf Goluchowski solches geschehen ließ, obwohl Rußlands Entwürfe in Ostasien ihm die Entfaltung einer

kräftigeren Politik auf dem Balkan gestattet hätten. Konnte er doch seinen Preis fordern, wenn er das Zarenreich im fernen Osten gewähren ließ.

Statt dessen kamen für Österreich-Ungarn Jahre der Enthaltbarkeit und des Stillstandes. Das aber bedeutete einen Rückschritt. Die Lenker der Monarchie glaubten sich durch die nationalen Wirren im Innern zur Zurückhaltung genötigt. War dies aber ein zureichender Grund? Hatte sich Fürst Felix Schwarzenberg, als er 1848 die Zügel ergriff, durch die Stürme der Revolution irremachen lassen? War Andrassy nicht in einer ähnlichen Lage, als er 1871 die Führung der äußeren Politik übernahm, in einem Zeitpunkte, da die Errichtung eines selbständigen böhmischen Staates auf der Tagesordnung stand? Es lag doch immer an der Persönlichkeit des leitenden Staatsmannes, ob er die Monarchie im Wettbewerb der Großmächte zur Geltung zu bringen verstand. Am Ende des 19. Jahrhunderts aber fehlte der ordnende Geist und die feste Hand, um das, was im Reiche gesund und kräftig war, aufzubieten gegen Zerfetzung und Spaltung.

So blieb die günstige Lage im Orient ungenützt, Österreich-Ungarn schaltete sich freiwillig aus der Weltpolitik aus. Am Ende des 19. Jahrhunderts trat überhaupt eine durchgreifende Änderung des Verhältnisses der Großmächte zur Türkei ein. Während die Donaumonarchie sich Zurückhaltung auferlegte, rückte das Deutsche Reich in die vorderste Linie ein. Fühlbarer noch war für die Pforte die Selbstbescheidung Rußlands in den Balkanfragen, veranlaßt durch seine ausgreifende ostasiatische Politik. Hauptsache endlich war die beginnende und sich später steigende Feindschaft Englands gegen das Osmanische Reich. Diese Erscheinung mit ihren tieferen Gründen wird uns noch öfter beschäftigen. Seit Agypten den Briten gehörte, war ihnen Konstantinopel gleichgültig geworden. Die Türkei stand den Herrschaftsplänen Englands, die sich auf Arabien und Mesopotamien erstreckten, im Weg, so daß die Briten die Entdeckung machten, die Türkei sei ein Hindernis der Ausbreitung der Zivilisation. Hier lagen die Keime zu den größten Verwicklungen.